

CONCLUSIO

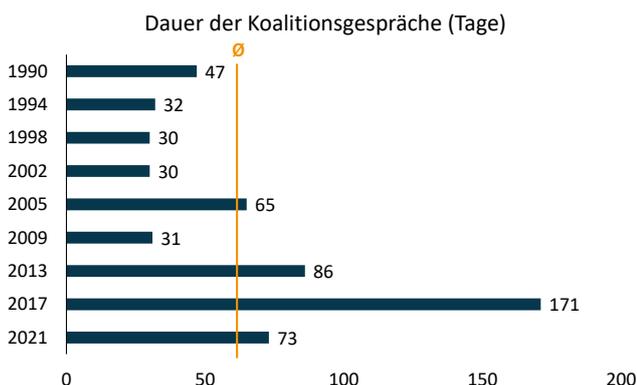
Der Börsenblick von Kornelius Purps, Kapitalmarktstrategie

Deutschlands To-Do-Liste

Sagt jemand: „Ein Dreier-Bündnis wäre doch eine Sahne-Koalition.“ – „Wie, meinst Du das wirklich?“ – „Ja. Hält höchstens drei Wochen und wird dann sauer.“ Wir haben die Wahl und es ist spannend. Vier Parteien schaffen es sicher ins neue Parlament, dazu hat sich die Partei Die Linke in den Umfragen zuletzt oberhalb der Fünf-Prozent-Marke etabliert. Bei FDP und BSW steht es Spitz auf Knopf. Als Faustregel gilt: Je mehr „kleine“ Parteien ins Parlament einziehen, desto unwahrscheinlicher wird eine Zweier-Koalition. Heute werde ich die To-Do-Liste für die neue Regierung skizzieren, einige Preisschilder anheften, eine Wahlprognose abgeben und die Reaktion an den Finanzmärkten abschätzen. Auf nur zwei Seiten ist das eigentlich unmöglich, ich versuche es trotzdem.

Wenn am Sonntag um Punkt 18 Uhr die Wahllokale schließen und wir wenige Sekunden später die ersten Prognosen zum Wahlausgang erhalten, dürfte das Rätselraten darüber, welche Parteien denn nun die Regierungsverantwortung übernehmen werden, weiterhin groß sein. Klar ist, es stehen Koalitionsverhandlungen an und diese haben in der Vergangenheit im Schnitt zwei Monate gedauert.

Koalitionsverhandlungen: Im Schnitt 60 Tage



Quelle: ChatGPT, antea

Schaffen es zwei der „kleinen“ Parteien (Die Linke, BSW und FDP) über die Fünf-Prozent-Hürde, ergeben sich unter Führung der CDU/CSU (und unter Ausschluss der AfD) fünf mögliche Dreier-Bündnisse. Schaffen es alle drei „kleinen“ Parteien in den Bundestag, gibt es sogar sieben denkbare Dreier-Koalitionen. Ich kann mir nur schwer vorstellen,

dass die Koalitionsgespräche in weniger als zwei Monaten beendet sein werden.

Der **Aufgabenzettel** für die neue Regierung ist lang, anspruchsvoll und kostenintensiv. Akut geht es um

höhere **Verteidigungsausgaben**. Werden zwei Prozent des BIP als Zielgröße angesetzt, sprechen wir über etwa 86 Mrd. Euro pro Jahr, bei drei Prozent sind es rund 130 Mrd. Euro und bei fünf Prozent weit über 200 Mrd. Euro. Schutztruppen und Ausrüstung für die **Ukraine** kosten nach Hochrechnung der Nachrichtenagentur Bloomberg über die nächsten zehn Jahre bis zu drei Billionen Euro, der Wiederaufbau des Landes nach Schätzungen der EU-Kommission rund 450 Mrd. Euro.

Für die **Energiewende** sind einer Studie der Beratungsagentur PwC zufolge in den nächsten zwanzig Jahren für Staat und Privatwirtschaft Kosten von rund 13 Billionen Euro insgesamt bzw. 650 Mrd. Euro pro Jahr zu veranschlagen. Für die Verbesserung der **Infrastruktur** liegen die Kostenschätzungen zwischen 400 Mrd. und einer Billion Euro, wobei es sicherlich Überschneidungen zwischen diesen beiden Themenbereichen gibt.

Einige Parteien fordern eine Reform des **Bürgergelds**, für welches im vergangenen Jahr rund 37 Mrd. Euro aufgewendet wurden. Zudem sind im Zusammenhang mit der **Migration** flüchtlingsbezogenen Ausgaben zu berücksichtigen, die sich allein auf Ebene des Bundes im Jahr 2024 auf etwa 21 Mrd. Euro belaufen haben.

Auf der To-Do-Liste stehen darüber hinaus die deutschen Sozialversicherungssysteme. Die **Rentenversicherung** erhielt in 2024 einen Bundeszuschuss von über 120 Mrd. Euro, Tendenz steigend. Die Beiträge zur **Pflegeversicherung** sind dieses Jahr um 0,2 Prozentpunkte gestiegen und auch die **Krankenversicherung** wird fast jedes Jahr teurer.

Der **Fachkräftemangel** besteht weiterhin. Hier geht es um **Zuwanderung** Qualifizierter, aber auch um die Frage, warum jährlich rund 250.000 deutsche Staatsbürger das Land verlassen. Eine Verbesserung der **Kinderbetreuungsmöglichkeiten** könnte die **Erwerbsbeteiligung** erhöhen. An diesen Themenkomplex schließen sich auch Fragen der Qualität der **Bildung** sowie der Bildungseinrichtungen an. Eine höhere **Arbeitskräftemobilität** wird durch erhebliche Engpässe im **Wohnungsbau** insbesondere in den Ballungszentren eingebremst. Letztendlich fallen diese Themenblöcke alle unter die Frage, wie wir dem **demographischen Wandel** begegnen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob in irgendeiner **Wahlarena** Maßnahmen diskutiert wurden, die zu einer Erhöhung der **Geburtenrate** beitragen.

Unternehmen klagen über ein überbordendes **Regelungsgeflecht**, hohe **Energiepreise**, im internationalen Vergleich relativ hohe **Steuersätze** und **Lohnnebenkosten**, **Planungsunsicherheit** und einen hohen **Krankenstand**. Volkswirtschaftlich betrachtet ist die **Produktivität** in Deutschland rückläufig. Die **Standortattraktivität** insgesamt hat eingebüßt und viele Industrieunternehmen zögern mit **Investitionen** im Inland. Arbeitnehmer wünschen sich vor allem „**mehr Netto vom Brutto**“.

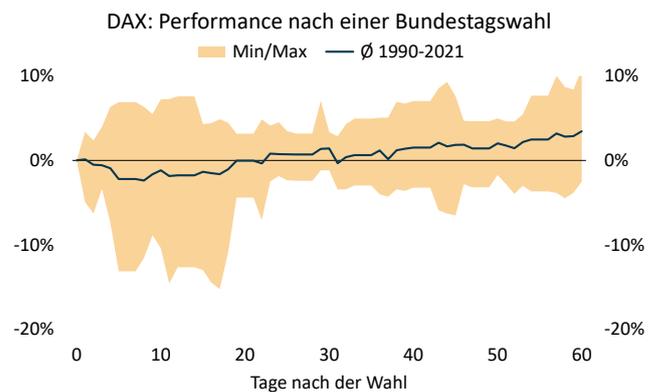
Diese grob strukturierte Aneinanderreihung von Schlagworten, hinter denen sich Handlungsbedarf verbirgt, ist sicherlich nicht vollständig. Schön wäre es natürlich, wenn man über jedes dieser Themen einmal urteilen kann: „Jo, passt eigentlich. Können wir so lassen.“ Um da hinzukommen, braucht es neben politischem Handlungswillen natürlich auch viel Geld. Sehr viel Geld. Welche Finanzierungsquellen bieten sich der neuen Bundesregierung an?

Die „beste“ **Finanzierungsquelle** wäre ein **stärkeres Wirtschaftswachstum** und daraus resultierend

höhere Steuereinnahmen. Bei bereits bestehenden **Ausgabeposten** und **Subventionen** besteht möglicherweise Einsparpotenzial, projizierte Ausgaben könnten möglicherweise hinterfragt oder gestreckt werden. Von etlichen Parteien werden **Steueranhebungen** und **neue Steuerformen** vorgeschlagen.

Der Kern der Diskussion liegt derweil auf Varianten der **Schuldenfinanzierung**. Die EU-Kommission hat für eine Stärkung der Rüstungsausgaben bereits eine Aufweichung der Vorgaben des **Stabilitäts- und Wachstumspakts** in Aussicht gestellt. Auch die Ausgabe von **Euro-Anleihen** wird ins Auge gefasst. In Deutschland wird eine Lockerung der **Schuldenbremse** diskutiert, was jedoch eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat erforderlich machen könnte. Eine Alternative könnte die Installation von **Sondervermögen** sein.

DAX: Nach einer Wahl ohne klaren Trend



Conclusio: Ich vermute, dass das Wahlergebnis am Sonntag eine Dreier-Koalition erforderlich machen wird. Für die Reaktion an den Finanzmärkten ist nach meiner Einschätzung das Abschneiden der FDP von besonderer Bedeutung: Sollte die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, steigt die Wahrscheinlichkeit für eine Lockerung der Schuldenbremse. Der Aktienmarkt dürfte darauf positiv, der Rentenmarkt negativ reagieren. Schafft es die FDP hingegen in den Bundestag, dürfte sich die Marktreaktion genau andersherum darstellen. Mittelfristig dürfte der Inhalt des Koalitionsvertrags den DAX beeinflussen – und sicherlich auch die Frage nach der Haltbarkeit einer möglichen Sahne-Koalition.

Verfasser: purps@antea-ag.de

Rechtliche Hinweise | Disclaimer

Dies ist eine Marketing-Anzeige. Sie dient werblichen Zwecken und ausschließlich der Information und wurde mit großer Sorgfalt erstellt, dennoch wird keine Haftung für die Vollständigkeit, inhaltliche Richtigkeit und Aktualität der Informationen übernommen. Bitte lesen Sie den Verkaufsprospekt und das Basisinformationsblatt (PRIIP-KIID) zum jeweiligen Wertpapier oder Titel, bevor Sie eine endgültige Anlageentscheidung treffen. Die Angaben der CONCLUSIO stellen weder ein Angebot dar noch dienen sie als Grundlage für vertragliche und anderweitige Verpflichtungen und ersetzen nicht die individuelle Beratung. Es handelt sich lediglich um Annahmen und die Meinungen der antea, die tatsächlichen Ereignisse sowie Ergebnisse können von ihnen abweichen. Die frühere Wertentwicklung lässt nicht auf zukünftige Renditen schließen. Quelle aller Daten, soweit nicht anders angegeben: antea ag | Neuer Wall 72 | 20354 Hamburg | www.antea-ag.de

CONCLUSIO noch nicht erhalten?
QR-Code scannen oder klicken

